

Taiwan

*(37)

Halbamtliche "chinesisch-chinesische" Verhandlungen auf hoher Ebene in Singapur

Vom 27.-29. April fanden in Singapur historische Verhandlungen zwischen beiden chinesischen Seiten statt. Die Vorsitzenden der zwei halbamtlichen Institutionen, der SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und der ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Strait) vom chinesischen Festland, haben bei ihrer dreitägigen Begegnung Gespräche über die Verbesserung der "chinesisch-chinesischen" Beziehungen geführt. SEF und ARATS gelten juristisch als private Organisationen, aber sie werden von ihrer jeweiligen Regierung finanziert und beauftragt, die praktischen Angelegenheiten bezüglich der bilateralen Beziehungen beider Seiten zu behandeln. SEF-Vorsitzender Gu Zhenfu (Koo Chen-fu) ist Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralexekutivkomitees der Regierungspartei KMT (Kuomintang) in Taiwan, und ARATS-Vorsitzender Wang Daohan ist der Ex-Bürgermeister von Shanghai und Mitglied des Beratungskomitees der KPCh; beide haben gute persönliche Beziehungen zu ihrem jeweiligen Staatsoberhaupt und Parteichef Li Denghui (Lee Teng-hui) bzw. Jiang Zemin.

Formell gibt es bislang immer noch keine offizielle und direkte Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Taipei verlangt Verhandlungen nur von zwei gleichberechtigten politischen Gebilden eines chinesischen Staates. Hingegen will Beijing Taipei lediglich als eine lokale Regierung betrachten und beharrt auf Verhandlungen zwischen der KPCh und der KMT, also den beiden Regierungsparteien.

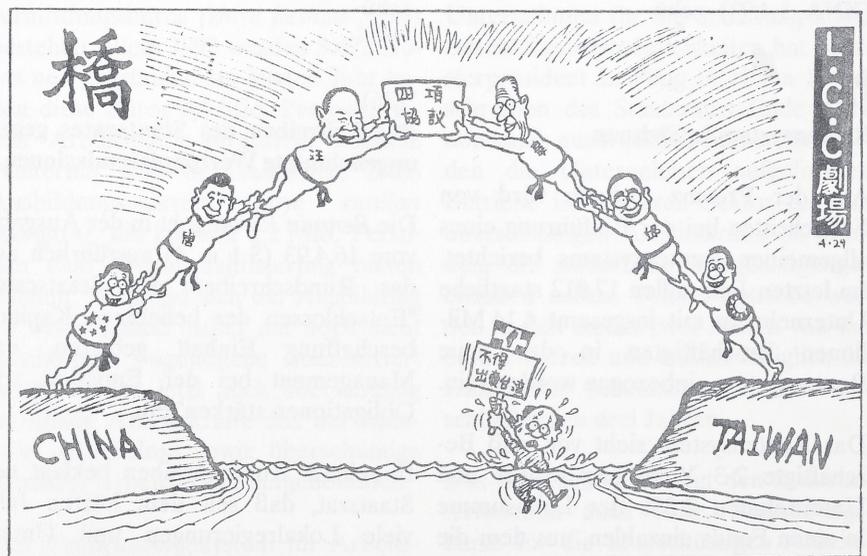
Zunächst wurde das Rote Kreuz beider Seiten beauftragt, die Probleme infolge der seit 1987 zunehmenden Verbindungen für die Zivilbevölkerung zu regeln. Zwischen den beiden Rote-Kreuz-Organisationen wurde am 13. September 1990 in Jinmen (Kinmen, Quemoy) eine Vereinbarung über die gegenseitige Abschiebung von illegalen Einwanderern und Straftätern

unterzeichnet. 1991 wurden nacheinander die SEF und die ARATS gegründet.

Im März und Oktober 1992 trafen die Vertreter von SEF und ARATS auf niedrigerer Ebene in Beijing bzw. Hongkong zusammen, um über die gegenseitige Beglaubigung und Anerkennung von Urkunden sowie Nachforschung nach Posteinschreibsendungen zu verhandeln. Der Erfolg scheiterte daran, daß Beijing den Begriff von "einem China" in eine Übereinkunft aufnehmen wollen und daß sich beide Seiten über die Bedeutung von "einem China" nicht einigen konnten. Jede Seite betrachtete sich als das richtige China. Der Durchbruch kam am 10. April, als SEF-Generalsekretär Qiu Jinyi (Cheyne Chiu) und ARATS-Vizevorsitzender Tang Shubei sich schließlich doch überraschend schnell auf die Agenda der Gespräche zwischen Gu und Wang in Singapur einigen konnten. Gleichzeitig wurden außerdem noch zwei Vereinbarungen über die gegenseitige Nachprüfung von verwendeten notariell beglaubigten Urkunden und über die Nachforschung nach Posteinschreibsendungen und Kompensationen zwischen beiden Seiten paraphiert.

Bei den Verhandlungen in Singapur haben Gu und Wang insgesamt vier Dokumente unterzeichnet. Neben den bereits genannten paraphierten Vereinbarungen sind dies noch eine Vereinbarung über die Verbindungen der beiden Organisationen und eine über weitere Verhandlungsthemen wie z.B. die Repatriierung illegaler Einwanderer, die gemeinsame Bekämpfung des Schmuggels auf dem Meer, über Fischereistreitigkeiten und andere Kriminalität, den Schutz von Geistesbesitzrechten, die Zusammenarbeit von Justizorganen, über Wirtschaftsaustausch, Zusammenarbeit bei der Erschließung von Energiequellen und Ressourcen sowie kulturellem und technischem Austausch. (Siehe dazu Dokument auf Chinesisch in diesem Heft.)

Beide Seiten bezeichneten einerseits die Verhandlungen als unpolitisch, andererseits bewerteten sie ihre Bedeutung aber auch hoch. Die halbamtlichen Verhandlungen in Singapur waren also zwar ein kleiner Schritt zur "chinesisch-chinesischen" Annäherung, doch werden weitere Schritte erwartet oder sind bereits programmiert. Als eine Konzession von Beijing, die für den ersten Schritt entscheidend war,



〈應反際國談會汪辜〉

Der Brückenbogen:

Die Unterhändler beider Seiten der Taiwan-Straße mit dem Dokument über die vier Vereinbarungen

Der Mann im Wasser unter der Brücke:

Der Vorsitzende der Oppositionspartei DPP mit dem Schild "Taiwan ist nicht zu verkaufen!"

Quelle: ZZ, 7.5.93

gilt der Verzicht auf die Verankerung des Prinzips von "einem China" in den Vereinbarungen. Ursprünglich gab es auch Schwierigkeiten mit der Datierung der vereinbarten Dokumente, da Taiwan im Unterschied zu Beijing eine eigene offizielle Jahresbezeichnung der Republik China hat. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, nur Tag und Monat der Unterzeichnung der Vereinbarungen zu vermerken, unter Weglassung der Jahresangabe.

In seiner Rede bei der Eröffnung der Verhandlungen in Singapur forderte der ARATS-Vorsitzende Wang Dao-han, die direkten Verbindungen von Post, Verkehr und Handel (santong) zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zügig zu realisieren, obwohl die Diskussion darüber in der Agenda nicht eingeschlossen war. Daher warf man ihm in Taiwan vor, wieder politische Propaganda bei den "unpolitischen" Gesprächen zu machen. ARATS lehnte ihrerseits die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Investitionsschutz für taiwanesischen Unternehmen auf dem Festland ab, weil Taiwan seinen Unternehmern verbietet, direkt auf dem Festland zu investieren. Daraufhin weigerte sich die SEF, sich für weitere konkrete Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Seiten in Singapur zu treffen. All dies zeigt, daß die "chinesisch-chinesische" Annäherung noch einen langen und dornigen Weg vor sich hat.

Die größte Opposition in Taiwan, die DPP (Democratic Progressive Party), die gegen die chinesische Vereinigung und für die Gründung eines von China unabhängigen Staates Taiwan ist, wollte eigentlich an den Verhandlungen in Singapur teilnehmen. Nachdem dies von der Regierung nicht akzeptiert worden war, versuchte sie im Parlament und an Ort und Stelle in Singapur, die Verhandlungen zwischen Gu und Wang zu stören. -ni-

*(38)

Personalfluktuationen

Im Laufe des Berichtsmonats erfolgte die letzte Welle der im Februar ausgelösten Personalfluktuationen in der po-

litischen Führung. Qiu Chuanghuan (Ch'iu Ch'uang-huan, 67) und Mao Gaowen (Mao Kao-wen, 57) lösten Kong Decheng (Kung Teh-ch'eng) und Lin Jinsheng (Lin Chin-sheng) als Präsident bzw. Vizepräsident des Prüfungsyuan ab. Lü Youwen (Lu Yuwen, 66) übernahm das Amt des Vizepräsidenten des Justizyuan von Wang Daoyuan (Wang Tao-yuan).

Für die Ernennung dieser Ämter durch den Staatspräsidenten ist gemäß den neuen ergänzenden Verfassungsartikeln von 1992 eine vorherige Zustimmung der Nationalversammlung erforderlich. Sehr gespannt war man auf die Abstimmung für Qius Ernennung, weil er als eine der Hauptfiguren des Flügels "Nichthauptströmung" (Feizhuliu Pai) der KMT (Kuomintang, Guomindang) gilt. Er konnte nicht hundertprozentig mit der Unterstützung derjenigen Deputierten der eigenen Partei, die zum Flügel "Hauptströmung" gehören, rechnen, ganz zu schweigen von den oppositionellen Deputierten der DPP (Democratic Progressive Party). Am 15. April hat DPP-Deputierter Zhang Chuantian (Chang Ch'uan-tien) bei der mündlichen Überprüfung der Qualifikation Qius für das neue Amt diesem vorgeworfen, die Herrschaft von "Festländern" in Taiwan zu unterstützen und die Vereinigung zu einem großen China zu befürworten - Qiu selbst ist einheimischer Insulaner. Anschließend verpaßte er dem Kandidaten - zur Verblüffung aller Anwesenden - noch zwei Ohrfeigen. Auch die Führung der DPP bedauerte diesen Vorfall.

Bei der Abstimmung am 21. April bekam Qiu 197 der 250 abgegebenen Stimmen, weniger als das Ergebnis seines Stellvertreters Mao mit 221 der ebenfalls 250 abgegebenen Stimmen. Lü Youwen konnte bei der Abstimmung am 22. April 230 der 243 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Man glaubt, daß Qiu ohne die Ohrfeigen von Zhang noch schlechter abgeschnitten hätte. Viele zum Flügel "Hauptströmung" der Regierungspartei KMT gehörende Deputierte haben vermutlich nur aus Mitleid infolge der Ohrfeigenaffäre mit 'ja' für seine Ernennung gestimmt. Neben dem Ohrfeigenzwischenfall hat es bei der außerordentlichen Sitzung der National-

versammlung noch andere Handgreiflichkeiten zwischen einigen Deputierten der DPP und der KMT gegeben. (ZZ, 23.4.93; LHB, 21. u. 23.4.93; ZYRB, 22. u. 24.4.93) -ni-

*(39)

Überarbeitung des Sechsjahresplans

Die Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan) will den gigantischen Sechsjahresplan zur Verbesserung der Infrastruktur im Volumen von 8.200 Mrd. NT\$ (rd. 315,4 Mrd. US\$) überarbeiten. Der Grund dafür ist, daß der Regierung das Geld und die Ressourcen fehlen, um die vielen Projekte, die vor drei Jahren enthusiastisch in Angriff genommen wurden, auch zu verwirklichen. Zahlreiche Projekte liegen in ihrer Realisierung bereits weit hinter den Zeitplänen zurück. Die Baukosten steigen unaufhörlich und bedrohen auf Dauer jede seriöse Finanzplanung.

Der Bau einer Hochgeschwindigkeits-eisenbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) gehört zu den nun am meisten diskutierten Großprojekten. Die Kosten werden auf 426,6 Mrd. NT\$ (16,4 Mrd. US\$) veranschlagt. Kürzlich wurde bekannt, daß zum 1.7.93, dem Beginn des neuen Finanzjahres, mit der Beschaffung des für die Trasse benötigten Grund und Bodens begonnen und das Zugsystem ausgeschrieben werden. Aber sie soll erst im Jahr 2003 fertiggestellt werden, statt bereits im Jahre 2000 nach der ursprünglichen Planung. Um den Zuschlag bewerben sich Frankreich, Japan und die Bundesrepublik Deutschland.

Neben der Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnverbindung gibt es noch andere Vorhaben zur Verbesserung der taiwanischen Verkehrsinfrastruktur, die möglicherweise ebenfalls verschoben oder verändert werden. Dazu gehören u.a. die Verlegung der Eisenbahn in Kaohsiung unter die Erde (finanzielles Volumen: ca. 60 Mrd. NT\$), der Bau von 12 Ost-West-Expressstraßen (198,5 Mrd. NT\$) sowie einer Autobahn, die den Süden und Osten Taiwans verbindet (300 Mrd. NT\$). (NfA, 9.3.93; FAZ, 31.3.93; LHB, 18.4.93; ZYRB, 1.4.93) -ni-